

# Preis der Freiheit

US-Dokumente verraten:  
Bundeskanzler Ludwig Erhard  
wollte der Sowjetunion  
die deutsche Einheit abkaufen –  
für 100 Milliarden Mark.

Eigentlich hatte Bundeskanzler Ludwig Erhard dem US-Präsidenten John F. Kennedy sein politisches Herzensprojekt vortragen wollen. Der Antrittsbesuch war bereits datiert.

Doch dann konnte der deutsche Regierungschef dem mächtigsten Mann der westlichen Welt nur noch die letzte Ehre erweisen. Wenige Meter trennten Erhard am 25. November 1963 auf dem Friedhof Arlington vom Sarg des ermordeten Kennedy und der Witwe im Trauerflor.

So blieb auf höchster Ebene zunächst unausgesprochen, was in den Wochen zuvor die diplomatischen Bodentruppen in der Bonner US-Botschaft und in Washington mächtig beschäftigt hatte: das in diversen Dokumenten „Erhard-Plan“ genannte Vorhaben, der Sowjetunion die deutsche Einheit abzukaufen.

Der spektakuläre Plot vor fast 50 Jahren ist hierzulande weithin unbekannt. Der Dicke mit der Zigarre wird vor allem für seine Leistungen als Minister unter Konrad Adenauer gewürdigt, er gilt als Vater des deutschen Wirtschaftswunders.

Dass Erhard in seiner eher glücklosen Zeit als Bundeskanzler von 1963 bis 1966 noch viel weitergehende Ambitionen hegte, verraten neu zugängliche und bislang unausgewertete Akten der CIA und des Washingtoner Außenministeriums. Die US-Amerikaner waren als potentielle Vermittler in den geplanten Deal mit den Sowjets eingeweiht.

Zu den Dokumenten sind kaum Gegenstücke in deutschen Archiven bekannt. Der Christdemokrat vermied, seine Absichten anderen Politikern oder Beamten zu erkennen zu geben. Einzig sein damaliger Kontrahent Willy Brandt (SPD) erzählte in einem SPIEGEL-Gespräch 1984 die Episode, wie er als Regierender Bürgermeister von Berlin während einer Autofahrt von Erhard gefragt worden sei, wie viel „es wohl kosten würde, dass uns die Russen die DDR überlassen“.

Für Erhard war die Frage mehr als eine theoretische Spielerei, wie mehrere Dossiers und Protokolle von US-Diplomaten

belegen: Der deutsche Kanzler sprach in vertraulichen Gesprächen mit dem US-Botschafter in Bonn, George McGhee, von einem „Opfer“ oder einer „neuen Geste“.

Die sowjetische Wirtschaft stehe unter Druck, dozierte Erhard, dem Kreml sei bundesdeutsche Hilfe willkommen, allerdings laufe man Gefahr, geliehenes Geld nicht wiederzusehen. Eine solche Hilfe, die nicht zurückgezahlt werde, so Erhard, könne der „Preis für die Wiedervereinigung“ werden. Er denke auch über eine Lieferung deutscher Industrieanlagen für den Aufbau Sibiriens nach. Im Gegenzug könne sich Sowjetführer Nikita Chruschtschow zu einem „Stufenplan“ verpflichten im Hinblick auf „Mauer, Wiedervereinigung, Selbstbestimmungsrecht und Freiheit für Deutschland“.

und eine ihrer größten Wirtschaftskrisen durchlief. Der Kreml feilschte um langfristige Kredite, die Goldreserven schwanzen; schließlich musste Moskau im Westen gegen harte Devisen viele Millionen Tonnen Weizen kaufen.

Botschafter McGhee attestierte in seinen Berichten nach Washington dem Plan denn auch „Originalität“ und einen für Erhard typischen „wirtschaftlichen Drall“. Allerdings entdeckte er auch „erhebliche politische Naivität“.

Ähnlich urteilte das State Department. Die Initiative sei in ihrer derzeitigen Form „unausgegoren und unrealistisch“, nötig sei ein „kompletter Plan“, der sich auch mit Problemen wie der Entkernisierung Deutschlands und dem Abzug fremder Truppen von deutschem Boden auseinandersetze. Wirtschaftshilfe, so heißt es in einem Briefing, sei wohl kaum das geeignete Mittel, „der Sowjetunion politische Zugeständnisse abzukaufen“. Die US-Diplomatie räumte dem Vorhaben deshalb „fast keinerlei“ Erfolgsaussichten ein.

Kurz nach Weihnachten 1963 folgte Erhard einer Einladung von Präsident Lyndon B. Johnson auf dessen Ranch in Texas. Die Männer grillten zusammen, und hinterher erzählte Johnson einem Vertrauten: „Dieser Erhard hat ein Riesentheater um mich gemacht. Der wäre auch in den Stall gegangen und hätte meine Kühe gemolken, wenn er ihre Zitzen gefunden hätte.“

Als Erhard den US-Präsidenten unter vier Augen bat, er möge Chruschtschow den Deal antragen, erwiderte Johnson jedoch kühl, er habe vorerst nicht die Absicht, den sowjetischen Regierungschef zu treffen.

Ein weiterer Besuch im Weißen Haus stand im Juni 1964 schon im Zeichen des US-Wahlkampfes, das Thema Wiedervereinigung wurde nicht mehr vertieft. Zugleich änderten sich die Umstände. Im Oktober 1964 wurde Chruschtschow gestürzt, zudem gewährten inzwischen Engländer, Franzosen, Italiener und Japaner der Sowjetunion günstige Kredite.

Im Januar 1965 stellte der Kanzler resigniert fest, sein Plan sei wohl nicht länger „politisch realistisch“. Der Kauf der Wiedervereinigung blieb für lange Zeit eine flüchtige Vision – zum Glück für den deutschen Staatshaushalt.

Denn zweieinhalb Jahrzehnte später zogen die sowjetischen Truppen zum Schnäppchenpreis aus der DDR ab: für einen Kostenausgleich von knapp 15 Milliarden Mark. JAN FRIEDMANN, AXEL FROHN



Politiker Erhard (M.), Johnson, geteiltes Berlin\*: Flüchtige Vision

Der Unionspolitiker wollte die Kommunisten jenseits des Eisernen Vorhangs mit einer enormen Summe locken. Sein engster Vertrauter, Kanzleramtschef Ludger Westrick, nannte sie McGhee bei einem Abendessen am 21. Oktober 1963: „Zweieinhalb Milliarden Dollar pro Jahr für zehn Jahre“, nach damaligem Umrechnungskurs insgesamt rund hundert Milliarden Mark.

Erhard baute auf die Nöte der Großmacht, die den Rivalen China fürchtete

\* Oben: auf Lyndon B. Johnsons Ranch in Texas 1963; unten: Brandenburger Tor vor dem Mauerbau 1961.